Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen außerhalb Berlin's: Berlin: M. Cohen. — Breslau: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Rostock, Jacob Mathias, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: L. Frese. — München: G. Mauwerck.

Abend-Ausgabe.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 3. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, Rue Vivienne, Montmartre et 31 Passage Verdeau. Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorsgasse 22.

Nr. 289. **Berlin, Donnerstag den 17. Juli 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an dieser Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 17. Juli.

Wir haben in einem unserer letzten Artikel die Nothwendigkeit anerkannt, den Innungen diejenigen Rechte und Befugnisse zu überweisen, die dazu erforderlich sind, um sie zu wirklichen Funktionairen des gewerblichen Lebens und zu Trägern der gewerblichen Ordnung zu machen. Es wird nunmehr darauf ankommen, Inhalt und Umfang dieser Befugnisse näher zu bestimmen. Auch dafür können die weit und breit in gewerblichen Kreisen geführten Verhandlungen zum Anhalt dienen; die bezüglichen Forderungen sind in ihren Grundzügen bereits formulirt und wiederholt ausgesprochen worden.

Zunächst würde den Innungen voll und ganz das Lehrlingswesen zu überweisen sein, der Art, daß sie nicht nur den Eintritt in die Lehrzeit und den Austritt aus derselben zu kontroliren haben, sondern daß ihnen auch die Ueberwachung des Lehrlings während seiner Lehrzeit, seine Unterweisung, Zucht und Ausbildung mit übertragen wird. Nicht, als ob dadurch zugleich in die Rechte des einzelnen Lehrmeisters eingegriffen werden soll, aber es muß den Innungen zufallen, sich jeder Zeit davon zu überzeugen, daß der Lehrmeister auch seine Pflichten dem Lehrling gegenüber erfüllt und ihn tüchtig handwerksmäßig ausbildet, ihm auch die zu seiner körperlichen Entwicklung und zum etwaigen Besuche einer Fortbildungsschule nöthige Zeit giebt, und daß der Lehrling seinerseits sich alle diejenigen Fertigkeiten und Kenntnisse erwirbt, die erforderlich sind, ihn zum tüchtigen Handwerker zu machen. Es soll dies kein System polizeilicher Maßregeln sein, sondern eine Form der Selbstverwaltung, der Selbstkontrolle, ausgeübt von Berufsgenossen über Berufsgenossen, die dem Handwerke bald zu neuem Aufschwunge, seinen Angehörigen zu dem ihnen großentheils abhanden gekommenen Bewußtsein der Standesehre verhelfen würde. Mittel zu ihrer Durchführung wären die Einführung schriftlicher Lehrkontrakte, die heute in der Gewerbeordnung zwar schon privilegirt, aber noch keineswegs obligatorisch gemacht sind, die gesetzlich anzuordnende Wiedereinführung von Gesellen- und Meisterprüfungen und Ausstellung von Zeugnissen auf Grund des Ergebnisses derselben; Bestimmungen darüber, daß nur handwerksmäßig ausgebildete Meister oder Werkführer befugt sein sollen, Lehrlinge anzunehmen. Die Unzuträglichkeiten des jetzigen Mangels an allen positiven Bestimmungen dieser Art in der Gewerbeordnung, dem durch die Novelle vom 17. Juli v. J. noch keineswegs abgeholfen worden ist, haben sich im Laufe der 10 Jahre seit Erlaß der Gewerbeordnung in so deutlicher Weise herausgestellt, daß das Verlangen nach Abhülfe durch die Gesetzgebung in gewerblichen Kreisen immer lauter und allgemeiner wird. Und zwar muß hier, bei dem Lehrlingswesen, zunächst der Hebel eingesetzt werden, weil dieses das Fundament für das Gedeihen und die Entwickelung des Handwerks bildet. Die Zahl der geschickten und technisch geschulten gewerblichen Arbeiter hat sich in Deutschland, wie allgemein geklagt wird, verringert, und das Ansehen des Handwerks nicht nur, sondern auch sein materielles Wohlbefinden sind dadurch zurückgegangen; der letzte Grund dafür ist aber in dem Mangel an ausreichenden und zweckentsprechenden Bestimmungen über das Lehrlingswesen zu suchen. Die Gefahr der Konkurrenz des Auslandes und des Aufsaugens des Kleingewerbes durch die Großindustrie wird gleichfalls verringert werden, wenn es gelingt, erst die handwerksmäßige Tüchtigkeit in Deutschland wieder zu heben. Daß der deutsche Handwerkerstand, ein ernsten Willen und so große Entschlossenheit zeigt, sich selber wieder aufzuhelfen und neue Zustände zu schaffen, gereicht ihm zu großer Ehre und verdürgt ihm die Zukunft. Aber er bedarf dazu der Hülfe der Gesetzgebung, wenn er zum Ziele gelangen soll. Weiterhin würde den Innungen die Aufgabe zufallen, die Gehülfen und Gesellen näher an das gewerbliche Interesse heranzuziehen und die oft noch bestehenden Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen; es würde hierfür namentlich die Verwaltung der gemeinschaftlichen Kassen, als Kranken- und Invalidenkassen, Alterversorgungskassen, Reise- und Unterstützungskassen, ingleichen der Arbeitsnachweisungsbureaus den geeigneten Inhalt bieten, bei der den Gehülfen eine Mitwirkung zugestehen wäre. Auch bei den gewerblichen Fortbildungsschulen würde den Innungen insofern eine Mitwirkung einzuräumen sein, als ihnen die Kontrolle des Besuchs zuzuweisen wäre und darüber hinaus, insbesondere bei den gewerblichen Fachschulen, eine beratende Stimme bei Feststellung des Lehrplans.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern einerseits und Arbeitnehmern, einschließlich der Lehrlinge, anderseits würden in erster Linie Innungen als berufen anzusehen sein, mit der Maßgabe, daß, wenn das Verfahren vor ihnen resultatlos bleibt, dann die Sache vor eine weitere Instanz, eventuell vor das eigentliche Gewerbegericht kommen soll. Endlich wäre innerhalb der Innungen vielleicht auch eine Art Ehrenrath, nach Analogie der in anderen Berufskreisen bestehenden ähnlichen Institutionen, einzusetzen, dem die Aufgabe zufallen würde, eine gewisse Kontrolle, deren Grenzen sich zum Theil von selbst ergeben würden, über seine Mitglieder auszuüben, um auch nach außenhin das Ansehen der Innungen und ihrer Angehörigen immer zu wahren. Dies sind in ihren Hauptzügen wohl die wesentlichsten Rechte und Befugnisse, die den Innungen gesetzlich zuerkannt werden müssen, wenn sie dem Bedürfniß gemäß sich entwickeln sollen; die Ausführung würde selbstverständlich noch sorgfältige Prüfungen im Einzelnen erfordern. Auch wäre darüber hinaus noch manches Andere, insbesondere die früher schon vielfach ventilirte Frage wegen Bestrafung des bösen Kontrahirens, mit in Bereich einer Revision der Gewerbeordnung zu ziehen. Vorläufig sollen diese Untersuchungen aber hauptsächlich nur die Titel VI. und VIII. der Gewerbeordnung berühren, und werden wir in einem weiteren Artikel noch die Frage wegen Errichtung von Gewerbekammern einer Erörterung zu unterziehen haben.

Aus **Koblenz**, 17. Juli, wird telegraphirt: Se. Majestät der Kaiser ist heute früh 8½ Uhr mittelst Extrazuges im besten Wohlsein nach Mainau abgereist. Ihre Majestät die Kaiserin begleitete Se. Majestät zum Bahnhofe, wo sich die Spitzen der Behörden und ein sehr zahlreiches Publikum zur Verabschiedung des Kaisers eingefunden hatten.

Die Ernennung des Ministers Hofmann zum preußischen Minister für Handel und Gewerbe war bekanntlich schon zur Zeit der Trennung dieses Ministeriums von dem Ministerium für öffentliche Arbeiten in Aussicht genommen, kam aber damals nicht sofort zur Ausführung, weil Minister Hofmann in Folge der Verzögerung der selbstständigen Konstituirung des Reichs-Schatzamtes noch nicht von der Leitung dieses Theils des bisherigen Reichskanzler-Amts entlassen war. Jetzt steht der Konstituirung des Reichs-Schatzamtes nach Berufung eines besonderen Chefs in der Person des neuen Unter-Staatssekretairs Scholz kein Hinderniß mehr entgegen, und demzufolge kann der Minister Hofmann auch die ihm längst zugedachte Leitung des Ministeriums für Handel und Gewerbe übernehmen, in welchem der bisherige Ministerialdirektor Jacobi die Leitung der Geschäfte unter dem Minister behält. Aus der bisherigen Finanzabtheilung des Reichskanzler-Amts, dem neuen Reichs-Schatzamt, scheidet der Ministerialdirektor Michaelis aus, welcher die Direktion des Reichs-Invalidenfonds erhält. An seine Stelle tritt als Direktor der bisherige Geheimrath Burchardt.

Aus der Provinz Hannover. Der Artikel im Hauptblatte der nationalliberalen Partei: „Die Zukunft dieser Partei", hat hier namentlich um deswillen in den nationalen Kreisen höchst unangenehm berührt, weil jener Artikel proklamirt: „Die Stifter und Führer, die Abgeordneten von Bennigsen, v. Forckenbeck und Lasker, bleiben an deren Spitze."

Nirgends ist wohl der Wunsch, daß endlich Lasker's Einfluß gründlich beseitigt werde, so lebhaft, wie in unserer Provinz. Bei den letzten für die nationalliberale Partei so schwierigen Wahlkampagnen ist kaum Eine Forderung aus den Wählerschaften so oft und so einmüthig an unsere hannoverschen Fahnenführer gestellt, als die: Befreiet Euch endlich von Lasker's fortschrittlichem Einflusse! Weist doch endlich diesen, dem gesunden Aufbau des Deutschen Reiches so schädlichen und dies dem großen Baumeister ewig widerstrebende Element über Bord!

Und die Antworten auf diese Forderungen waren nicht etwa vortheilhaft und voll Sympathie für Lasker, sondern gingen im Gegentheil immer dahin: „Beruhigt Euch doch nur, Ihr verkennt die Verhältnisse in der nationalliberalen Fraktion in Berlin! Lasker hat längst keinen Einfluß mehr, nicht einmal mehr in den Justizkommissionen, wo er selbst mit seinen Anträgen durchkommt u. s. w." Und nun — wird er feierlich als Führer proklamirt und hat vermuthlich das bekanntes werthe Verdienst, im Verein mit Hrn. v. Forckenbeck, und unter dem Drucke gewisser hannoverscher Einflüsse unseren allverehrten Abgeordneten v. Bennigsen, der offenbar auf dem richtigen Wege war, wiederum ungestimmt zu haben.

Der in Aussicht gestellten „Opposition" der nationalliberalen Partei des deutschen Bürgerthums kann die Regierung mit großer Ruhe entgegensehen. Den Kampfes- und Wahlluft verspürt man hier wenig. Es scheint, als wollen unseren Provinz der v. Treitschke'sche Standpunkt sehr allgemein getheilt wird, davon nächstens mehr.

Bremen, 16. Juli. Der gestrige „Courier", ein anscheinend freihändlerisches Blatt, schreibt in seinem lokalen Theile: „Herr H. D. Meier war bei der Schlußabstimmung im Reichstage über den Zollkarif nicht anwesend, während Herr A. G. Mosle mit Ja stimmte. Letzteres nimmt uns nicht Wunder, dagegen befremdet uns, daß Herr H. D. Meier nicht mitwirkte. Was war die Ursache davon?" — Demselben Blatte entnehmen wir folgende Notiz: „Die Freunde des Reichstagsabgeordneten Herrn A. G. Mosle lassen denselben zur Feier seiner silbernen Hochzeit heute (15.) früh 8 Uhr durch die Militairkapelle eine Morgenmusik bringen."

Der erste Wahlaufruf für die Landtagswahlen ist, wie wir aus der „Magdeb. Zeitung" ersehen, vom geschäftsführenden Ausschuß des Zentralwahlkomitees der deutschen Fortschrittspartei, unterzeichnet Dr. Langerhans, Hugo Hermes, Parisius, Eugen Richter, erlassen und lautet:

„Mit Beginn des Herbstes stehen Neuwahlen für das preußische Abgeordnetenhaus bevor. Der Verlauf der beute geschlossenen, von dem altraconvatan-konservativen Bündniß beherrschten Reichstagssession beweist allen entschieden freisinnigen Wählern die Nothwendigkeit, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß nicht auch im preußischen Abgeordnetenhause das kleine uns noch verbliebene Maß konstitutioneller Rechte und volksthümlicher Freiheiten vollkommen verwischt werde. Es gilt, der Reaktion, welche auch die preußische Gesetzgebung und Verwaltung bedroht, bei seinen einen Damm entgegenzustellen. Der soeben erfolgte Ministerwechsel sollte auch dem unentschlossen Schwankenden die Augen geöffnet haben. Die Folgen werden nicht auf sich warten lassen. Auf kirchlichem Gebiete rüstet sich der starrste Konfessionalismus allenthalben, um in Schulen und Kirche die ausschließliche Herrschaft zu gewinnen. Die Bureaukratie feindet die kaum ins Leben getretenen Gesetze der Selbstverwaltung an, während dieselben weiter entwickelt und von den ihnen noch anhaftenden Mängeln gereinigt werden sollten. Schon haben die Beschlüsse des Reichstages auf das Volk und insbesondere auf dessen minder wohlhabende Klassen eine große neue Steuerlast geworfen; weitere Steuerprojekte sind in Sicht. Leopdem werden die Finanzen Preußens auf eine immer mehr unsichere Grundlage gestellt, denn man sucht nach einer willigen Majorität, um durch den Ankauf der Privatbahnen zum ausschließlichen Staatsbahnsystem zu gelangen. Damit würde zugleich eine Macht des Staates und seiner jeweiligen Regierung begründet werden, welche der natürlichen wirthschaftlichen Entwicklung wie der politischen Freiheit verderblich werden muß. So wurden wir uns denn schon jetzt an unsere Parteigenossen mit der dringenden Aufforderung, die Wahlen vorzubereiten und die entschieden freisinnigen Elemente zu neuer Arbeit zu sammeln."

Die obige Kundgebung an und für sich würde eine kritische Erörterung derselben kaum rechtfertigen; vielleicht wird aber die Art ihrer Ausnutzung in der Presse eine Veranlassung bieten, eingehender darauf zurückzukommen.

Rundschau im Auslande.

Die Installirung des neuen **italienischen** Ministeriums kann als vollzogen angesehen werden. Was die beiden einstweilen noch unbesetzten Ministerien der Marine und des Ackerbaues betrifft, so hat der Konseilspräsident Herr Cairoli die interimistische Leitung beid leztgenannten Ressorts übernommen, während Herr Bonelli das Provisorium der Marine führt. Am Montag Abend leisteten die Minister den verfassungsmäßig vorgeschriebenen Eid; heute wird das Kabinet vor der Deputirtenkammer sein politisches Programm entwickeln.

Das Pariser Blatt „La Republique française" hält den Sturz des Ministeriums Depretis zwar für einen politischen Fehler, bringt aber gleichwohl dem Ministerium Cairoli seine Sympathien dar, und giebt der Meinung Ausdruck, daß das Programm Cairoli's im Großen und Ganzen dasselbe bleiben werde, wie das seines Amtsvorgängers.

„Nur in einem einzigen Punkte — glaubt die „Rep. franç." — scheint die Politik des Konseilspräsidenten andere Bahnen einschlagen zu sollen; die Orientpolitik des Kabinets Cairoli kann nicht dieselbe sein, wie sie neuerdings hauptsächlich von Herrn Cornielli inspirirt wurde. Diese Act, an Stelle von Verpflichtungen, die Italien bei ihrer großmüthig-spontanen Eingebung Ehre machten, Utopien zu setzen, kann nicht nach dem Sinne des neuen Konseilspräsidenten sein. Ihm gebührt es, der Aktion der Regierung den staatsmännischen und freimüthigen Charakter, dessen sie vorübergehend entkleidet war, zurückzugeben."

Die **niederländische** Ministerkrise giebt der italienischen an innerer Schwierigkeiten kaum etwas nach. Aus dem Haag wird geschrieben, daß der König Herrn Fransen von der Priestpolitik der Nachbildung des Kabinets beauftragt habe. Wie aber auch die künftige Kombination ausfallen möge, so traut man ihr Bestand und Lebensfähigkeit nur in dem Falle zu, als Herr Kappeyne van de Copello, das virtuell anerkannte Haupt der parlamentarischen Mehrheit, dem neuen Ministerium seine Unterstützung leiht.

Die wahre Ursache der Ministerkrisis liegt übrigens, wie die „Indep. belge" geltend macht, nicht in der Kanalfrage, sondern darin, daß König und Kabinet sich über eine wichtige Verfassungsfrage nicht haben einigen können. Letzteres gedachte nämlich den gegenwärtigen Bestand der Generalstaaten dahin zu ändern, daß die Zweite Kammer, statt wie bisher 86, künftig 100 und die Erste Kammer 50 Mitglieder zählen, daß die Deputirten in bestimmten Bezirken auf fünf Jahre gewählt werden und daß der Zensus nicht mehr ausschließlich die Grundlage sein, sondern in gewissem Maße auch die geistige Befähigung als Wahlzeit gelten solle. Die Mitglieder der Ersten Kammer wollte das Kabinet zwar wie bisher durch die Provinzialstände wählen lassen, aber die Bestimmung aufgehoben wissen, daß nur solche Männer wählbar seien, welche die höchsten direkten Steuern zahlen. Namentlich der Antrag, daß Deputirte auch nach Maßgabe der geistigen Befähigung sollen gewählt werden dürfen, wurde vom Könige auf das Entschiedenste abgelehnt.

Dem Reigen der von Kabinetskrisen heimgesuchten Länder hat sich nunmehr auch **Rumänien** angeschlossen. Nachdem die Bukarester Deputirtenkammer die von der Regierung befürwortete grundsätzliche Anerkennung der staatsrechtlichen Gleichstellung aller Konfessionen zurückgewiesen, blieb dem Ministerium, wollte es nicht zur Kammerauflösung schreiten, nichts übrig, als selbst vom Schauplatze seiner Thätigkeit abzutreten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung gab auch der Kammerpräsident Herr Rosetti seine Entlassung, weil er, im Hinblick auf die Verwerfung eines von ihm eingebrachten und von der Regierung acceptirten Kompromißvorschlages mit Fug und Recht annehmen mußte, nicht ferner das Vertrauen der Majorität zu besitzen. Zwar hatte die Kammer bei der alsbald vollzogenen Neuwahl nichts Eiligeres zu thun, als sich ihres bisherigen Präsidenten aufs Neue zu versichern; aber sowohl dieser Vorgang, als auch die Stimmenthaltung von 45 Deputirten stellen die in Bukarest herrschende Konfusion nur in ein noch weit grelleres Licht.

Ein offizielles Communiqué der „Pol. Korr." erklärt die Zeitungsveröffentlichungen über das Resultat der in Wien gepflogenen Verhandlungen wegen Anschlusses der serbischen Eisenbahnen an die Linien der österreichisch-ungarischen Monarchie für theilweise erfunden, theilweis tendenziös interpretirt. Im Uebrigen bestätigt das Communiqué, daß die mit dem serbischen Minister Alimpic getroffenen Vereinbarungen aller Wahrscheinlichkeit in ihren wesentlichen Punkten von der serbischen Regierung acceptirt werden dürften. Laut Versicherung der „N. Fr. Presse" erklärte Alimpic sofort bei der ersten Zusammentretung, daß er nur gekommen sei, um sich zu informiren, und er hätte gar nicht das Recht, auch nur vorläufige Abmachungen zu treffen.

Endlich telegraphirt man der „Dtsch. Ztg." unterm 15. d. aus Belgrad, daß Minister Ranko Alimpic nach dort berichtete, er habe im Sinne seiner Instruktionen mit den österreichisch-ungarischen Kommissairen eine Abänderung der austro-serbischen Konvention vom 8. Juli 1878 vereinbart. Würden die betreffenden Regierungen diese Vereinbarungen ratifiziren, so seien damit viele Hindernisse einer endlichen Verständigung aus dem Wege geräumt.

Der Kaiser von **Oesterreich** hat an mehrere hohe Würdenträger der katholischen Kirche hervorragende Ordensauszeichnungen verliehen; so dem päpstlichen Staatssekretair Kardinal Nina das Großkreuz des Stefansordens; außerdem sind noch drei Mitglieder des österreichischen Episkopats befördert worden, und endlich hat der ehemalige Fürstbischof von Breslau das Großkreuz des Leopoldsordens erhalten. An letzteres Faktum knüpft die Wiener „Dtsch. Ztg." denn auch schon weitgehende Kombinationen in Bezug auf die österreichisch-preußischen Beziehungen, während die „N. Fr. Pr." in diesen Vorgängen den Hereinbruch der Reaktion wittert, dafür aber von ihrer theilweisen Namenskollegin, der alten „Presse", an der Hand von analogen Präzedenzfällen aus der Aera des Bürgerministeriums der Grundlosigkeit solcher Insinuation überführt wird.

Die **türkischen** Staatsmänner sind anscheinend mit der Entwicklung der Dinge in Ostrumelien recht wenig zufrieden.

„Alle Nachrichten," meint die „Turquie", „stimmen darin überein, daß die dortige Situation als wenig befriedigend zu bezeichnen sei. Die Administration dieser Provinz läßt in jeder Beziehung viel zu wünschen übrig. Man versichert, daß sich bei diesem Stande der Dinge die europäischen Kommissaire in die Nothwendigkeit versetzt gesehen haben, neue Instruktionen von ihren betreffenden Regierungen zu begehren."

Es entspricht der Anschauungsweise des genannten Konstantinopeler Blattes, wenn der Sultan sich weigert, die von Aleko Pascha befürwortete Ernennung des Herrn Rechitzon zu einem höheren Verwaltungsposten gutzuheißen. In Folge dessen ist zwischen Aleko Pascha und der Pforte eine merkliche Verstimmung eingetreten, und soll Ersterer, wie die „Agence Havas" erfährt, sogar eine von Konstantinopel aus an ihn gerichtete Note einfach unbeantwortet gelassen haben.

Der St. Petersburger „Golos" tritt den periodisch wiederkehrenden, ganz neuerdings noch von der „Köln. Ztg." reproduzirten Gerüchten entgegen, als gäben sich unter der muselmännischen Bevölkerung Bulgariens und Ostrumeliens Aufruhrgelüste kund. Durch solche Gelüste würden die Türken absichtlich aufgewiegelt; man bemühe sich, sie dadurch vor dem vollständigen Abzug der russischen Truppen von der Balkan-Halbinsel zum Auffstand zu treiben.

In die Verhandlungen der Pforte mit **Griechenland** wird nach nunmehr vollzogener Ernennung der türkischen Kommissare wohl ein frischerer Zug kommen. In Athen herrscht große Zuversicht, die dem Verwehmen nach so eine Sache, daß man selbst für die Einbeziehung Janina's in den künftigen griechischen Grenzrayon auf die Unterstützung der Mächte, mit Ausnahme allenfalls Englands, rechnet.

Zur Frage der Demolirung der **bulgarischen** Festungen verlautet, daß, nachdem die Forts an der Ostseite der Festung Rustschuk, Kiuk, Tosovan-Tabia, Habi-Dzweja, Topiak-Tscheshme bis Sab-Pascha bereits vollständig rasirt sind, man jetzt auch mit der Abtragung der Forts an der Westseite begonnen hat. Desgleichen erging auch Befehl nach Silistria, wo die Demolirungsarbeiten bisher langsamer als in Rustschuk betrieben wurden, die Abtragung der Werke zu beschleunigen. Infolge dieser Thatsachen und in Erwägung der von dem Fürsten Alexander I. bisher stets bewiesenen Vertragstreue dürften, meint der Wiener Korrespondent des „Dresd. Journ.", es die Mächte wohl unterlassen, der Zirkularnote der Pforte entsprechend, eine Pression in der fraglichen Sache auf die Regierung des Fürsten Alexander auszuüben.

Der St. Petersburger „Herold" theilt in Nachstehendem den Wortlaut einer telegraphischen Kundgebung des Fürsten Alexander von Bulgarien an den Kaiser von **Rußland** mit, datirt aus Plewna, 30. Juni (a. St.):

„Die Nationalversammlung hat eine Deputation erwählt, welcher, aus dem früheren Grachen, einem Erzbischof und vier weltlichen Mitgliedern bestehend, der Auftrag geworden ist, zu den Füßen Eurer kaiserlichen Majestät den Ausdruck der Gefühle der ehrfurchtsvollen Ergebenheit und tiefsten Erkenntlichkeit des ganzen bulgarischen Volkes für die besonderen Wohlthaten niederzulegen, mit welchen Eure Majestät so großmüthig Bulgarien zu überschütten geruht haben. Indem ich mich von ganzem Herzen den einmüthigen Wünschen meines Volkes anschließe, habe ich diese Deputation bevollmächtigt, sich zum 25. Juli nach St. Petersburg zu begeben, und den Fürsten Dondukow-Korsakow gebeten, sie Eurer kaiserlichen Majestät vorzustellen. Ferner habe ich den Fürsten gebeten, Ihnen, Majestät, meinerseits die ganze Verehrung, von welcher ich gegen die Erlauchte Person Eurer Majestät durchdrungen bin, auszudrücken, und Sie meiner unveränderlichen Ergebenheit für den gnädigen Schutz zu versichern, dessen Sie mich und mein Volk in dem Augenblick, da wir in eine neue Aera unserer politischen Existenz treten, gewährt haben. Möge der Herr Eure Majestät beschützen und Ihr werthvolles Leben zum Glück des russischen und bulgarischen Volkes behüten."

Von der Expedition gegen die **Teke-Turkmenen**, die am 6. Juli aus Tschikishjar ausgerückt war, erhalten die „Rdsk. Wed." eine längere Korrespondenz, der wir Folgendes entnehmen:

„Die Tiflis'sche Abtheilung der Gesellschaft des Rothen Kreuzes" hat hierher einen besonderen Bevollmächtigten, 9 Sanitäre und ca. 500 Pud verschiedene Gegenstände für die Kranken und Verwundeten gesandt. — Die Hitze wird immer empfindlicher; häufig sucht man bis 8 Uhr Abends vergeblich nach Schatten. Selbst in den Kibitken und Zelten ist während der Tagesstunden der Aufenthalt eine förmliche Strafe, da die Schwüle einen apathischen, schlafähnlichen Zustand bewirkt und die furchtbar vielen Fliegen förmlich das Leben vergiften. Da ist denn keine Rede von Essen, Schlafen oder Arbeiten.

Was die Absichten unserer Expedition betrifft, so bin ich gezwungen und werde auch in Zukunft gezwungen sein, darüber Stillschweigen zu beobachten. Unsere Abtheilung ist zahlreicher als es die zur Aktion gegen China bestimmte Abtheilung des Generals Kaufmann war. Man darf aber nicht übersehen, daß wahrscheinlich die bessere Hälfte unserer Abtheilung bei der Besetzung verschiedener Befestigungen zur Sicherung der Verbindung in unserem Rücken auf den Lauf gehen wird. Ferner sind die Bedingungen dieser Kampagne ganz andere als im Feldzug gegen China. Damals zogen wir nach einer reichen Oase, wo man, wenn nöthig, Nahrung finden konnte. In Achal-Teke werden wir wohl schwerlich Nahrung finden. Sollten die Hoffnungen bezüglich des des Persien zu beschaffenden Proviants sich nicht erfüllen, so werden wir von Tschikishjar aus verproviantirt werden müssen."

Die **englische** Politik ist gegenwärtig mit ungleich größerem Erfolge an den gelegentlichen Banketreden der Regierungsmitglieder, als an den Parlamentsverhandlungen zu studiren. Aus einer solchen, vom gestrigen Tage flammenden Kundgebung des Staatssekretairs für Indien, Herrn Cranbrook, ersehen wir, daß derselbe das jetzige Verhältniß Englands zu Afghanistan als ein für die Stärkung der indischen Position Großbritannieens höchst werthvolles betrachtet. Rußland läßt Mr. Cranbrook die Gerechtigkeit widerfahren, daß es allen von ihm im Berliner Vertrage übernommenen Verpflichtungen nachkomme. Ein großes Gewicht legte der Redner auf die Freundschaft mit der Türkei, worin er „ein Pfand gegen größere Komplikationen, selbst gegen diejenigen, denen England bereits ausgesetzt gewesen sei," erkennt.

Der Eifer, womit die englischen Preßorgane bestrebt sind, die **Franzosen** zu überreden, daß die Sympathiekundgebungen für den verstorbenen Prinz Louis Napoleon mit politischen Erwägungen nicht das Mindeste zu schaffen haben, giebt dem „Journal de Saint Petersbourg" zu einigen Reflexionen Stoff:

„Nicht ohne Ueberraschung, wir gestehen es, lesen wir diese Kommentare der englischen Blätter. In der That wir wüßten nicht, daß die republikanische Presse Frankreichs — vielleicht mit Ausnahme einiger kleinen Blätter, deren mehr oder minder geschmackvolle Manifestationen ohne Belang sind — wegen der offiziellen und sonstigen Demonstrationen sich ernsthaft berte, die letztlin in England stattfanden, um dem Sohne Napoleons III. die letzten Huldigungen zu erweisen und das Andenken eines jungen Krieges zu ehren, der unter britischer Flagge ein tragisches Ende nahm. Im Gegentheil findet die Mehrzahl der großen republikanischen Zeitungen Frankreichs diese Demonstrationen ganz natürlich, und sie werden wahrscheinlich ebenso erstaunt sein, als wir, über die Art der Rechtfertigung, womit die Zeitungen jenseits des Kanals diese Demonstrationen begleiten zu müssen meinen."

Auf Grund von Meldungen russischer aus Tschao nach Orenburg zurückkehrender Kaufleute schließt der „Golos", daß der politische Horizont des **chinesischen** Reichs bewölkt sei. Als Anlaß hierfür wird das Bestreben des Badaulets von Kaschgar Chakim-Chan-Turi angeführt, den Thron seines Vaters wieder zu erringen. Zu diesem Zweck habe er mit einem Heere die Grenzen Chinas überschritten. Die Chinesen trafen an vielen Punkten Kriegsvorbereitungen sowohl gegen ihn, wie gegen die Russen. Die russischen und tatarischen Händler würden von den Chinesen nach wie vor bedrückt.

Der Plan einer in **Mexiko** zu veranstaltenden Industrieausstellung ist nach den neuesten Nachrichten definitiv aufgegeben. In Folge dessen forderte der Minister des Ackerbaues und der öffentlichen Arbeiten, Z. Rivapalacio, seine Entlassung, die ihm bereitwillig ertheilt wurde, ohne daß bis jetzt ein passender Nachfolger gefunden ist.

Parlamentarisches.

— In der „Karlsr. Ztg." giebt der Reichstagsabgeordnete Kraft in einer aus St. Blasien vom 14. d. M. datirten Zuschrift seinen Wählern gegenüber folgende Erklärung ab: „In Folge einer vom Reichstage nicht widersprochenen Abweichung von der Geschäftsordnung wurde ich in letzter Reichstagssitzung verhindert, bei der Abstimmung über das